



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 06. Dezember 2024 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Zunächst einmal wünsche Ihnen, dass Sie am heutigen Nikolaustag einen reichlich gefüllten Stiefel vorgefunden haben. Egal, ob Mandarinen, Schokolade oder andere Aufmerksamkeiten – Hauptsache, es hat Ihnen Freude bereitet und auf das Wochenende, womöglich auch auf einen Weihnachtsmarkbesuch, eingestimmt. Ich habe mich sehr gefreut, am 16. November wieder von meiner Partei im Hochtaunuskreis und Limburg-Weilburg für eine erneute Bundestagskandidatur nominiert worden zu sein. Das Ergebnis von 97 Prozent habe ich als enorme Wertschätzung, Motivation und Zukunftsauftrag voller Dankbarkeit angenommen.

Ich möchte mit ganzer Kraft und vollem Engagement weiterhin beiden Aufgaben gerecht werden: Als Wahlkreisvertreter für die Belange der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und als Außenpolitiker für die Belange einer internationalen Ordnung, Deutschlands nationaler Sicherheit und stabilen Außenbeziehungen, insbesondere mit unseren europäischen und transatlantischen Verbündeten sowie mit neuen Partnern im Indo-Pazifischen Raum.

Abseits des Ampel-Aus, das durch D-Day-Papiere, Rücktrittsdramen und Rosenkriegscharakter wie eine unwürdige Telegenovela nachwirkt, haben wir zahlreiche Herausforderungen im In- und Ausland anzugehen. In diesem Sinne haben wir in der Sitzungswoche den Fokus auf zwei innenpolitische Vorhaben gelegt. Darüber hinaus hat uns außenpolitisch die Lage in Frankreich sowie dem Vorfall auf der Ostsee besonders beschäftigt - neben vielen anderen, wenn ich zum Beispiel an die Kriegsrechtverhängung in Südkorea oder die bewaffnete Auseinandersetzung in Syrien denke. Zu einem bedenklichen Vorfall zwischen einem russischen Kriegsschiff und einem Hubschrauber der Marine kam es in der Ostsee. Als sich ein Bordhubschrauber der Fregatte „Nordrhein-Westfalen“ auf einem Aufklärungsflug einem russischen Kriegsschiff näherte, wurde Signal- bzw. Leuchtmunition verschossen. Dies reiht sich ein in eine Fülle von schädlichen Aktivitäten und hybriden Angriffen auf der Ostsee. Einmal mehr zeigt sich: Deutschlands innere und äußere Sicherheit werden einen Schwerpunkt der nächsten Bundesregierung bilden müssen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- **Mehr Effektivität für Sicherheit und in der Strafverfolgung.**
- **Verbesserung für Menschen mit Seltenen Erkrankungen**
- **Wohnraumangel und Mietpreisbremse**
- **Meine Rede zur nordkoreanischen Außenpolitik.**

Mehr Effektivität für Sicherheit und in der Strafverfolgung

Mit drei wichtigen Initiativen für mehr Sicherheit im Alltag und effektivere Strafverfolgung haben wir und in dieser Woche eingebracht: Unseren Entwurf für ein „Gesetz zur Verbesserung der Verbrechensaufklärung“ sowie unseren Antrag „Abschöpfung kriminell erlangter Vermögen erleichtern – Gesetzeslücken schließen – Expertenvorschläge umsetzen“. Darüber hinaus stand ein Gesetzentwurf des Bundesrates auf der Agenda, der sich ebenfalls mit der Einführung einer Mindestspeicherung von IP-Adressen befasst.

Standpunkt: *Mit unserem Gesetzentwurf zur Verbesserung der Verbrechensaufklärung machen wir klar: wir brauchen eine dreimonatige Mindestspeicherung von IP-Adressen in Deutschland. Unsere Forderung nach einer IP-Adressen-Speicherung zur Sicherung digitaler Beweismittel wurde vom Europäischen Gerichtshof ausdrücklich für zulässig erklärt. IP-Adressen sind als digitale Beweismittel gerade bei der Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs im Internet und weiterer schwerer Straftaten – wie etwa Terrorismus – oft der einzige Ermittlungsansatz. Ohne eine gesetzliche Speicherpflicht bleiben viele dieser abscheulichen Verbrechen unaufgeklärt. Zurzeit hängt es vom Zufall ab, ob die IP-Adressen bei Anfragen der Strafverfolgungsbehörden noch vorhanden sind. Der Gesetzentwurf des Bundesrats, den wir in verbundener Debatte ebenfalls beraten, geht in eine ähnliche Richtung. Bemerkenswert ist, dass dieser Entwurf im Bundesrat auch die Zustimmung von Ländern mit*

Regierungsbeteiligung von SPD und Grünen gefunden hat. Das zeigt: Die ideologische Ablehnungsfront der Rest-Ampel gegen die IP-Adressen-Speicherung bröckelt. Zudem wollen wir die Möglichkeiten zur Vermögensabschöpfung stärken. Die Vermögensabschöpfung ist ein zentrales Instrument zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität. Jährlich werden Vermögenswerte im Wert von über 1 Mrd. Euro eingezogen. Dennoch bestehen weiterhin Optimierungsbedarfe, wie die Stärkung von Einziehungsmöglichkeiten bei Rechtsnachfolgern, die Erweiterung vorläufiger Sicherungsmaßnahmen und die Vereinfachung der Vermögensabschöpfung bei inkriminierten Vermögenswerten unklarer Herkunft. •

Verbesserung für Menschen mit Seltenen Erkrankungen

Patientinnen und Patienten mit Seltenen Erkrankungen (SE) sowie deren Angehörige sind oft auf sich gestellt und fallen durch das Raster des Gesundheitssystems. Die Erkrankungen mögen im Vergleich zu den „Volkskrankheiten“ selten sein – in ihrer Zahl sind sie jedoch nicht zu vernachlässigen. Allein in Deutschland gibt es schätzungsweise mindestens 4,5 Millionen direkt Betroffene, wovon ein Großteil im Kindes- oder Jugendalter ist. Die Dunkelziffer ist auch hoch, weil es zu vielen fehlerhaften oder überhaupt keinen Diagnosen kommt. Daraus entwickelt sich für die Betroffenen und Angehörigen eine nachteilige Versorgungssituation und Ratlosigkeit.

Zudem gibt es in der Regel zu wenig Behandlungs- und Therapiemöglichkeiten. Oft ist auch nur eine Behandlung der Symptome, aber keine wirkliche Heilung möglich. Hinzu kommt: Fehlende Kenntnis über die SE führt dazu, dass eine Diagnose durchschnittlich erst nach fünf Jahren gestellt wird.

Standpunkt: Die aktuelle Situation für SE-Betroffene ist unerträglich. Dies muss sich dringend ändern. Hierzu schlagen wir einen Maßnahmenkatalog vor. Die Förderung der Forschung im Bereich SE sind zu intensivieren und die Rahmenbedingungen zu verbessern, beispielsweise über Patenschaftsmodelle zwischen akademischer Forschung und pharmazeutischer Industrie. Das Neugeborenen-Screening ist auszuweiten und auf die vielen Möglichkeiten im Rahmen der Diagnostik von SE hinzuweisen. Die besondere Bedeutung von SE bei Kindern und Jugendlichen ist anzuerkennen und das Leben dieser jungen Menschen im Sinne einer besseren Teilhabe und Inklusion zu verbessern. Schließlich auch: Gesetzesvorhaben, die die Digitalisierung oder die Nutzung von Patientendaten betreffen, sind im Sinne der SE-Betroffenen schneller voranzubringen und ein nationales Patientenregister aufzubauen.

Maßnahmen gegen Wohnraummangel und Zukunft der Mietpreisbremse

Nach der Bundestagswahl 2021 haben SPD, Grüne und FDP in ihrem Koalitionsvertrag ein Ziel formuliert: 400.000 neue Wohnungen pro Jahr. Knapp drei Jahre später ist die Bilanz ernüchternd: nur 295.300 neue Wohnungen

im Jahr 2022, fast genauso wenige im Jahr 2023. Für 2024 schätzt das ifo-Institut in München, dass sogar nur 225.000 neue Wohnungen fertiggestellt werden – der niedrigste Wert seit 10 Jahren. Für die kommenden Jahre wird ein weiterer Rückgang erwartet. Die Zahl der Baugenehmigungen ist eingebrochen, gegenüber dem Vorjahr um rund 20 Prozent, gegenüber 2022 sogar um mehr als 40 Prozent. Gründe für die stockende Bauwirtschaft sind – neben gestiegenen Zinsen und fehlender Planungssicherheit wegen unklarer Förderbedingungen – insbesondere die hohen Baukosten. Diese Steigerung geht vor allem auf zusätzliche gesetzliche Anforderungen an Neubau und Bestand zurück. Gleichzeitig steigen die Angebotsmieten, insbesondere in Städten, weiter stark. Ursache ist das geringe Angebot bei gleichzeitig hoher Nachfrage. Auch die Zuwanderung erhöht den Druck auf den Wohnungsmarkt. Die Mietpreisbremse, erstmals 2015 eingeführt, ist derzeit bis Ende 2025 befristet.

Standpunkt: Wir setzen uns für eine nachhaltige Lösung der Krise am Wohnungsmarkt ein. Dafür legen wir den Fokus auf die Ausweitung des Wohnungsangebots. Wir wollen Steueranreize, Förderprogramme und Kostensenkungen kombinieren. Einen besonderen Schwerpunkt wollen wir auf die Schaffung von neuen, preiswerten Wohnungen legen. Dazu werden wir steuerliche Anreize wie eine Sonderabschreibung für den bezahlbaren Wohnungsbau ausweiten. Durch Entschlackung des Bauordnungsrechts, Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, Bürokratieabbau und Digitalisierung wollen wir Kosten senken und Bauprozesse beschleunigen. Eigentumsbildung wollen wir stärken durch familienfreundliche Freibeträge bei der Grunderwerbssteuer sowie

gezielte Programme, die energieeffizientes Bauen realistisch fördern und den Zugang für Bauherren erleichtern. Auch wenn wir so bessere Bedingungen für die Eigentumbildung schaffen: Deutschland ist und bleibt auch ein Mieterland. Wir stehen für einen wirksamen und angemessenen Mieterschutz – dazu gehören auch die Regeln zur Miethöhe. Die hohen Mieten in den Städten sind ein großes Problem für Mieterinnen und Mieter. Wir wollen in einer neuen Bundesregierung daher alles daran setzen, eine Ausweitung des Wohnungsangebotes zu erreichen. Darüber hinaus hat ein neu gewählter Bundestag nach der Wahl ausreichend Zeit zu entscheiden, ob eine Mietpreisbremse weiter Bestand haben soll. •

Meine Rede zur nordkoreanischen Außenpolitik

In dieser Woche brachte meine Fraktion einen Antrag ein, der von der Bundesregierung wirksame Maßnahmen gegen die schädliche Außenpolitik Nordkoreas fordert. Ich hatte das Privileg, diesen Antrag für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einzubringen. Diese Rede finden Sie hier im Wortlaut:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nordkorea ist längst nicht mehr nur eine regionale Bedrohung für Ostasien. Es hat sich zu einem globalen Akteur der Destabilisierung entwickelt, dessen Handlungen weitreichende Konsequenzen auch für die internationale Sicherheit haben. Der erneute Test einer Hyperschallrakete in diesem Jahr sowie die andauernden Provokationen des Regimes in Pjöngjang zeigen: Kim Jong Un setzt auf

militerische Stärke, die Missachtung internationaler Regeln und eine aggressive Außenpolitik.

Besonders alarmierend ist Nordkoreas Rolle im Krieg Russlands gegen die Ukraine. Mit der Lieferung von Millionen Artilleriegranaten und der Entsendung von Söldnern wird Nordkorea zunehmend zu einer direkten Bedrohung, auch für Europa. Nordkoreanische Soldaten, die an der Seite russischer Truppen kämpfen, sind nicht nur ein Symbol für die Allianz autoritärer Regime, sondern auch eine konkrete Gefahr für unsere eigene Sicherheit. Diese Zusammenarbeit verschärft den Krieg und unterstreicht, dass Nordkorea eine globale Verantwortungslosigkeit lebt, die wir nicht länger hinnehmen können.

Sehr geehrte Damen und Herren, es reicht nicht, diese Bedrohung zu benennen; wir müssen handeln. Der vorliegende Antrag fordert deshalb von der Bundesregierung klare und wirksame Maßnahmen, um Nordkoreas aggressivem Kurs zu begegnen. Ich möchte drei zentrale Punkte daraus hervorheben:

Erstens. Sanktionen verschärfen und Durchsetzung stärken. Auch wenn Nordkorea eines der am stärksten sanktionierten Länder der Erde ist, ist das derzeitige VN-Sanktionsregime durch Russlands und Chinas Blockade geschwächt. Doch das darf uns nicht entmutigen. Deutschland muss im Rahmen der EU und der G 7 eine Führungsrolle einnehmen, um neue, gezielte Sanktionen zu ermöglichen, die Nordkoreas Waffenhandel, Cyberkriminalität und die Entsendung von Soldaten unterbinden. Wir sollten auch die Einrichtung einer Nachfolgeorganisation für das ehemalige Panel of Experts prüfen, um Sanktionsverstöße weiterhin zu dokumentieren und öffentlich zu machen.

Zweitens. Unsere Verbündeten stärken. Wir hatten bei der Erstellung des Antrags keine Ahnung, dass sich die Lage in Südkorea so entwickelt, wie sie sich entwickelt hat. Sie zeigt aber, dass wir auf der koreanischen Halbinsel massive Schwierigkeiten haben.

Südkorea und Japan sind unsere Verbündeten, und es ist deshalb auch ein Ziel unserer Anstrengungen, sie gegen die nordkoreanischen Aggressionen zu schützen. Deutschland muss diese Partnerschaften intensivieren - politisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch. Wir sollten uns der Initiative der USA, Japans und Südkoreas zur Bekämpfung nordkoreanischer Cyberaktivitäten anschließen und den EU-initiierten Republic of Korea Cyber Dialogue wiederbeleben. Gleichzeitig sollten wir unsere Präsenz im Indopazifik weiter verstärken, nicht nur symbolisch, sondern auch zur Unterstützung der Überwachung internationaler Sanktionen.

Drittens. Menschenrechte und internationale Straferfolgung. Die nordkoreanische Bevölkerung leidet unter einem Regime, das sie systematisch unterdrückt. Doch auch international exportiert das Regime seine Ausbeutungsmechanismen. Nordkoreanische Arbeitskräfte werden weltweit unter prekären Bedingungen entsandt, um Devisen für das Regime zu erwirtschaften. Deutschland sollte eine internationale Kampagne zur Ächtung dieser Praxis initiieren und die südkoreanischen Bemühungen zur Dokumentation von Menschenrechtsverbrechen unterstützen. Darüber hinaus wäre die Prüfung eines internationalen Tribunals nach Vorbild des Uyghur-Tribunals ein starkes Zeichen für Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Gefahr, die von Nordkorea ausgeht, ist akut und real. Mit Söldnern in der Ukraine, Cyberangriffen weltweit und nuklearer Aufrüstung bedroht dieses Regime die internationale Sicherheit.

Ignoranz und Untätigkeit sind keine Optionen. Es ist unsere Aufgabe, entschieden zu handeln - für die Sicherheit unserer Partner, für die Menschenrechte und für den Schutz der internationalen Ordnung. Lassen Sie uns diesen Forderungskatalog umsetzen und damit Nordkoreas Aggressionen entschlossen entgegenreten!

Vielen Dank. •

Im Gespräch mit TenneT Deutschland

Gemeinsam mit meinem Kollegen Norbert Altenkamp hatte ich die Gelegenheit mit dem Stromnetzbetreiber TenneT Deutschland zu sprechen. Ein sehr aufschlussreiches Gespräch über die dringenden Maßnahmen, die im Rahmen des Netzentwicklungsplans (NEP) für die Metropolregion Frankfurt Rhein-Main notwendig sind.

Die Prognosen zeigen, dass der Stromverbrauch in Hessen bis 2045 fast dreimal so hoch sein wird. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, plant TenneT den Ausbau des Stromnetzes in unserer Region. Dazu gehören die Erneuerung bestehender Umspannwerke, der Ersatz alter 220-kV-Leitungen durch moderne 380-kV-Leitungen und die Umrüstung auf Hochtemperaturleiterseile.

Doch das ist nur der Anfang! Es müssen auch neue Umspannwerke und Leitungen geplant und gebaut werden, um die steigende Nachfrage zu decken.



Lenacapavir schützt zuverlässig vor HIV und könnte gerade in Regionen mit hoher Infektionsrate, wie Afrika südlich der Sahara, ein Gamechanger sein. Diese Innovation verdient Aufmerksamkeit, denn sie macht einen großen Schritt Richtung einer besseren Gesundheitsversorgung für alle. •

Wir stehen vor einer wichtigen Aufgabe, die nicht nur die Energieversorgung sichert, sondern auch einen Beitrag zur Energiewende leistet. Ich freue mich darauf, die nächsten Schritte gemeinsam mit TenneT und Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, zu gestalten. •

Die gute Nachricht der Woche

Durchbruch in der HIV-Prävention

Diese Woche gibt es eine bahnbrechende Nachricht aus der HIV-Forschung, die Hoffnung und Erleichterung bringt: Mit dem neuen Medikament Lenacapavir könnte die Prävention von HIV entscheidend einfacher und effektiver werden. Eine einzige Spritze alle sechs Monate – das ist ein enormer Fortschritt gegenüber der täglichen Einnahme von Tabletten. Die beeindruckenden Ergebnisse der Phase-III-Studie zeigen: